



Die Spannungen im Nahen Osten erreichen Anfang April 2026 eine neue Eskalationsstufe. Die Blockade der Straße von Hormus durch den Iran bringt nicht nur den globalen Energiemarkt unter Druck, sondern stellt auch die internationale Sicherheitsordnung auf die Probe. Die sechs Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrats drängen nun die Vereinten Nationen, militärische Maßnahmen zur Wiederherstellung der freien Schifffahrt zu legitimieren – ein Schritt mit potenziell weitreichenden Konsequenzen.

Strategische Lebensader unter Druck

Die Straße von Hormus gehört zu den wichtigsten maritimen Nadelöhren der Welt. Rund ein Fünftel des global gehandelten Erdöls passiert normalerweise täglich diese Meerenge zwischen dem Persischen Golf und dem Golf von Oman. Eine Blockade durch den Iran trifft somit nicht nur die unmittelbaren Anrainerstaaten, sondern die Weltwirtschaft insgesamt.

Die Golfstaaten – darunter Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar – werfen Teheran vor, die Passage gezielt zu kontrollieren und den Transit zu unterbinden. Wenige Schiffe würden nur unter Auflagen durchgelassen, was einer faktischen Einschränkung der internationalen Handelsfreiheit gleichkomme. Der Generalsekretär des Golfkooperationsrats, Jassem Al-Budaiwi, sprach vor dem UN-Sicherheitsrat von einer „Gefährdung der globalen maritimen Sicherheit“.

Die Forderung nach einem UN-Mandat zur Anwendung militärischer Gewalt zeigt, wie ernst die Lage eingeschätzt wird. Ein solcher Schritt würde die Schwelle von diplomatischem Druck zu potenziell direkter militärischer Konfrontation der Golfstaaten mit dem Iran überschreiten.

Washington verschärft den Ton

Parallel zur diplomatischen Offensive der Golfstaaten verschärfen auch die Vereinigten Staaten ihre Rhetorik. Präsident Donald Trump drohte wiederholt offen mit Angriffen auf zivile Infrastruktur im Iran, sollte Teheran nicht zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand bereit sein. Diese Ankündigung markiert eine deutliche Eskalation gegenüber bisherigen Positionen und wirft erneut völkerrechtliche Fragen auf.



Die gezielte Androhung von Angriffen auf Brücken und Elektrizitätswerke widerspricht grundlegenden Prinzipien des humanitären Völkerrechts, insbesondere dem Schutz ziviler Einrichtungen in bewaffneten Konflikten. Damit signalisiert Washington, dass es bereit ist, den Druck auf Iran drastisch zu erhöhen – möglicherweise auch unabhängig von einem UN-Mandat.

Militärische Dynamik: Israel und Iran im offenen Schlagabtausch

Die Lage wird zusätzlich durch weitere direkte militärische Aktionen verschärft. Iranische Raketenangriffe auf israelisches Territorium, darunter Ziele in Tel Aviv und Eilat, wurden nach Angaben der israelischen Streitkräfte weitgehend abgefangen. Dennoch verdeutlichen diese Angriffe die zunehmende Reichweite und Intensität der iranischen Militärstrategie.

Israel reagiert mit verstärkten Abwehrmaßnahmen und hält sich die Option weiterer Gegenschläge offen. Die Gefahr einer dauerhaften militärischen Konfrontation zwischen Iran und Israel – bislang meist indirekt über Stellvertreterkonflikte ausgetragen – wächst damit erheblich.

Auch andere Staaten der Region werden zunehmend involviert. Kuwait meldete das Abfangen von Drohnen und Raketen, was zeigt, dass sich der Konflikt geografisch ausweitet und nicht mehr auf einzelne Konfliktparteien beschränkt ist.

Unruhe im Pentagon: Machtverschiebungen in Washington

Für zusätzliche Unsicherheit sorgt eine überraschende Personalentscheidung in den USA. General Randy George wurde mit sofortiger Wirkung als Stabschef der US-Armee abgelöst. Offizielle Gründe wurden nicht genannt, doch Berichte deuten darauf hin, dass die politische Führung im Verteidigungsministerium eine stärkere Ausrichtung der militärischen Führung auf die strategische Linie Trumps anstrebt.

Solche Eingriffe in die militärische Führung sind in den Vereinigten Staaten ungewöhnlich und könnten auf interne Spannungen hinsichtlich der künftigen Militärstrategie hinweisen. In einer Phase internationaler Krisen verstärken sie den Eindruck einer zunehmend politisierten



Sicherheitsarchitektur.

Die Rolle der Vereinten Nationen: Entscheidungsdruck im Sicherheitsrat

Im Zentrum der aktuellen Entwicklungen steht nun der UN-Sicherheitsrat. Die Forderung der Golfstaaten nach einem Mandat zur militärischen Sicherung der Straße von Hormus stellt das Gremium vor eine schwierige Entscheidung. Während westliche Staaten möglicherweise Sympathien für das Anliegen zeigen, ist mit Widerstand von Russland und China zu rechnen, die traditionell auf Souveränität und Zurückhaltung bei militärischen Interventionen pochen.

Ein Scheitern einer Resolution könnte die USA und ihre Verbündeten dazu bewegen, auch ohne UN-Mandat zu handeln – ein Szenario, das die internationale Ordnung weiter untergraben würde. Umgekehrt würde ein Mandat die Tür für eine multinationale Militärmission öffnen, deren Risiken und Nebenwirkungen kaum kalkulierbar sind.

Ein Konflikt mit globaler Tragweite

Die aktuelle Krise zeigt exemplarisch, wie regionale Konflikte rasch globale Dimensionen annehmen können. Die Straße von Hormus ist nicht nur ein geografischer Engpass, sondern ein geopolitischer Brennpunkt, an dem wirtschaftliche Interessen, sicherheitspolitische Strategien und internationale Rechtsfragen aufeinandertreffen.

Die kommenden Tage dürften entscheidend sein: Ob es gelingt, die Lage diplomatisch zu entschärfen, oder ob die ganze Region in eine offene militärische Konfrontation abgleitet, hängt maßgeblich von den Entscheidungen in New York, Washington und Teheran ab. Klar ist bereits jetzt: Die Stabilität der internationalen Ordnung steht auf dem Spiel.

P.T.